

schen, kulturellen und politischen Kontext“ (S. 255) – erscheinen bedenkenswert.

Das Hauptverdienst des Buches besteht indes darin, daß es den Blick schärft für die nach der „ersten Wende“ 1982 einsetzenden Bemühungen, „die NS-Vergangenheit zu neutralisieren“ (S. 260) und dadurch die „Basiserzählung“ der Bundesrepublik zu verändern. Angesichts der seit einiger Zeit zu beobachtenden Versuche, die Diktatur in der DDR noch verabscheuenswerter als die nationalsozialistische Diktatur erscheinen zu lassen, ist dieses Verdienst um so höher zu bewerten.

Werner Bührer

- 1 U. Brochhagen, Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer, Hamburg 1994; N. Frei, Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, München 1996.

Johannes Bähr, Dietmar Petzina, Innovationsverhalten und Entscheidungsstrukturen. Vergleichende Studien zur wirtschaftlichen Entwicklung im geteilten Deutschland 1945–1990, Duncker und Humblot, Berlin 1996 (= Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 48), 408 S.

Wir wissen seit einiger Zeit, auf welche Faktoren der Niedergang der DDR-Wirtschaft zurückzuführen war. Die gegenwärtig vielleicht umstrittenste Frage in der Wirtschaftsgeschichtsforschung über die DDR ist jedoch, in welchem Ausmaß diese Faktoren für das Desaster „verantwortlich“ gemacht werden können. In der extremsten Form gipfelt auf der einen Seite die Auffassung, daß „subjektive Fehler“ in der Wirtschaftspolitik den größten Schaden angerichtet hätten, in dem Fazit, der Sozialismus sei doch das Gute gewesen, das nur von

Honecker und Mittag schlecht verwirklicht wurde. Auf der anderen Seite werden aus einer ahistorischen, sich an einem starren Wirtschaftsordnungskonzept orientierenden Perspektive allein die „Systemdefekte“ analysiert, so daß man Fragen nach Voraussetzungen, externen Einflüssen, Handlungsspielräumen und -alternativen gar nicht erst stellt. Daraus entsteht der Eindruck, mit der Einführung der Zentralverwaltungswirtschaft im Jahre 1948 hätte die DDR- bzw. SBZ-Wirtschaft bereits jegliche Entwicklungsfähigkeit verloren.

Das DFG-Schwerpunktprogramm „Wirtschaftliche Strukturveränderungen, Innovationen und regionaler Wandel in Deutschland nach 1945“ hat einen durchaus erfolgversprechenden Weg eingeschlagen, um hier ein differenzierteres Bild zu liefern. In verschiedenen Teilprojekten erfolgte eine vergleichende Analyse einzelner Industriebranchen sowie von Verkehrs- und Finanzpolitik in der Bundesrepublik und der DDR. Somit kann man sich auf der Grundlage konkreter Entwicklungsunterschiede der Frage zuwenden, inwieweit diese durch den vergangenen „heißen“ und den anhaltenden Kalten Krieg, durch die Teilung der Volkswirtschaft und des Weltmarktes, durch wirtschaftspolitische und unternehmensstrategische Entscheidungen oder durch die unterschiedliche Stellung von Planung und Wettbewerb sowie Staats- und Privateigentum in den Wirtschaftssystemen verursacht wurden.

In den 13 Beiträgen des vorliegenden Bandes werden erstmals Arbeitsergebnisse der einzelnen Teilprojekte zusammengefaßt. Dabei offenbart die Konzentration auf das Innovationsverhalten und die Entscheidungsstrukturen tatsächlich mehr Vergleichbares, als man vielleicht erwartet hätte, denn „in den meisten Fällen waren die Akteure auf beiden Seiten vor gleiche Herausforderungen gestellt, etwa durch die weltweite Einführung eines neuen technischen Verfahrens, durch veränderte Anforderungen an

die Verkehrs- und Energiesysteme oder durch exogene Krisen (Ölkrise).“ (S. 13)

Stefan Unger befaßt sich mit der Einführung der Sauerstofftechnologie in der Stahlindustrie beider deutscher Staaten. Das Oxygenstahlverfahren setzte sich nach der ersten industriellen Anwendung in Linz 1952 weltweit erst seit Mitte der sechziger Jahre durch, dann jedoch um so schneller. In der Maxhütte Unterweltenborn unternahm man bereits seit 1952 und in der August Thyssen Hütte AG in Duisburg seit 1954 entsprechende Versuche. 1959 wurden in beiden deutschen Staaten Beschlüsse über die Errichtung von LD-Stahlwerken gefaßt. Während jedoch 1962 in Duisburg durch die Übernahme der österreichischen Technologie die Produktion aufgenommen werden konnte und man sich in der Bundesrepublik nach und nach von den traditionellen Thomas- und Siemens-Martin-Verfahren verabschiedete, verzögerte sich in der DDR der EKO-Ausbau und wurde schließlich gestoppt. Anfang der siebziger Jahre erfolgte der Umbau der Maxhütte unter Nutzung eines selbst entwickelten Sauerstoffverfahrens und erst 1984 baute VÖEST-Alpine in Eisenhüttenstadt ein Sauerstoffstahlwerk. Die Ursache für den technologischen Rückstand der DDR-Stahlindustrie ist in geradezu typischer Weise im Zusammenspiel der Desintegration der deutschen Volkswirtschaft und dem Aufbau der Zentralverwaltungswirtschaft zu finden. Für die DDR, die in den fünfziger Jahren einen Großteil ihrer Investitionen in den Aufbau einer eigenen metallurgischen Industrie gesteckt hatte, um die durch die deutsche Spaltung hervorgerufenen Ungleichgewichte in der Verteilung der Montanindustrie auszugleichen, zählte vor allem die Menge, weniger die Kosten oder die Qualität der Produktion. Aus diesem Grunde scheute man in den sechziger Jahren das Risiko eines Technologiewechsels. Hinzu kamen der unverhältnismäßig niedrige Schrottpreis, der die Verwendung anderer Verfahren

subventionierte, sowie die begrenzte Verfügbarkeit der entsprechenden Anlagen und der österreichischen Technologie.

Rainer Karlsch vergleicht die Einführung des in den USA in den vierziger Jahren entwickelten Kaltkautschukverfahrens bei den jeweiligen „Monopolisten“ in West- und Ostdeutschland: den Chemischen Werken Hüls und dem Buna-Werk Schkopau. Die Voraussetzungen in Schkopau waren in der Nachkriegszeit durch das sowjetische Interesse an der Kautschukproduktion und die daraus resultierende Bevorzugung im Bewirtschaftungssystem eher besser als in Hüls, wo man bis zum Koreakrieg unter alliierten Forschungs- und Produktionsverboten litt. Noch 1955 produzierte die DDR siebenmal mehr Buna als die Bundesrepublik. Diese gute Position führte jedoch dazu, daß im Chemieprogramm von 1957 keinerlei Investitionen für die Kautschukproduktion vorgesehen wurden. Erst als der Schkopauer Kautschuk auf den westlichen Märkten und teilweise sogar im RGW nicht mehr absetzbar war, begann man auch hier mit der großtechnischen Produktion von Kaltkautschuk, acht Jahre später als in Hüls. Diesen Rückstand führt *Karlsch* jedoch nur zum geringeren Teil auf den wirtschaftspolitischen Fehler der Zentralplaner zurück. „Das entscheidende Hindernis für die Innovation 'Kaltkautschuk' bestand für Schkopau in der Abschottung vom internationalen Technologietransfers, ... denn das Verfahren unterlag den Cocom-Bestimmungen und wurde nicht in Ostblockstaaten verkauft.“ (S. 105)

Der Verlauf von Innovationsprozessen steht auch im Mittelpunkt der Aufsätze von *Johannes Bahr* über die technologische Entwicklung im Turbinen-, Generatoren- und Transformatorenbau, von *Andreas Vogel* über die Einführung der UKW-Technik im Rundfunk, von *Roland Kowalski* über die Integration der Elektronik in den wissenschaftlichen

Gerätebau bei Carl Zeiss Jena und Carl Zeiss Oberkochen sowie von *Dieter Specht* und *René Haak* über den Beitrag des Werkzeugmaschinenbaus zur flexiblen Fertigungsautomatisierung. Der Turbinen- und Generatorenbau war wegen seiner zentralen Bedeutung für den Aufbau einer eigenen Energiewirtschaft zwar schon früh Investitionsschwerpunkt, was insbesondere durch die Gründung des VEB Bergmann-Borsig Berlin zum Ausdruck kam. Durch hohe Demontageverluste und den Mangel an Fachkräften besaß die DDR hier jedoch eine sehr schlechte Ausgangsposition. Im Gegensatz dazu verlor Carl Zeiss Jena vor allem wegen der unanfechtbaren Monopolstellung im RGW wichtige Innovationsanreize. Der allmähliche Verlust der Weltmarktfähigkeit wurde seit 1970 auch durch die unzureichende Belieferung mit elektronischen Bauelementen befördert. Deren Produktion ist in der DDR zeitweise vernachlässigt worden, ohne daß angesichts von Devisenmangel und Handelsembargo der Engpaß durch Importe kompensierbar war. Die vielversprechenden Ansätze der flexiblen Fertigungsautomatisierung, v.a. im Fritz-Heckert-Kombinat Karl-Marx-Stadt, wurden 1972 durch einen Politbürobeschuß als „fertigungstechnologische Abenteuer“ charakterisiert und gestoppt. (S. 271). Als Anfang der achtziger Jahre die Automatisierungsvorhaben wieder zentral gefördert wurden, war der Vorsprung der Bundesrepublik, v.a. aber Japans und der USA bereits uneinholbar. Über die Gründe für diesen schwerwiegenden technologiepolitischen Fehler teilen *Specht* und *Haak* leider nichts mit. Generell werden in ihrem Beitrag die institutionellen Aspekte durch die zu breite technikhistorische Darstellung vernachlässigt.

Zwischenfazit: In allen Bereichen lassen sich für die im Beitrag von Hans-Jürgen Wagener allgemein konstatierte Innovationsfeindlichkeit des planwirtschaftlichen Systems, die im übrigen

dem neoklassischen Innovationsmodell widerspricht (S. 30), Belege finden. Besonders deutlich wird, daß die Orientierung der sozialistischen „Manager“ an der Planerfüllung „ihres“ Betriebes die Durchführung langfristiger und risikoreicher Forschungs- und Entwicklungsprojekte eher behinderte. Dieser Effekt wurde durch den seit Mitte der sechziger Jahre zunehmenden Einfluß der Bürokraten aus Staats- und Parteiapparat noch verstärkt. Interessant ist auch der Hinweis von *Susanne Franke* und *Rainer Klump*, daß in der Zentralverwaltungswirtschaft Innovationen in einer Branche oder in einem Unternehmen innerhalb des jeweiligen Branchenclusters eher Investitionsentzug als Wachstumsimpulse bewirken.

In der Regel entfallen die Defekte des Wirtschaftssystems jedoch erst durch das Zusammenwirken mit den politischen bzw. historischen Rahmenbedingungen ihre entwicklungshemmende Wirkung. So verstärkten sich Devisenknappheit, gewählte oder erzwungene Abschottung vom Weltmarkt, Innovationsrückstand und Exportschwäche gegenseitig.

Allerdings sind die unterschiedlichen Verläufe von Innovationsprozessen nicht immer primär durch den Vergleich der Wirtschaftsordnungen erklärbar. *Franke* und *Klump* resümieren jedenfalls aus ihrer Analyse des Druckmaschinenbaus, daß „das Werturteil der westlichen systemvergleichenden Forschung über die Mittelmäßigkeit sozialistischer Innovationen als Allgemeinurteil nicht legitim“ ist. (S. 222) So war in den sechziger Jahre der VEB Planeta Radebeul der erste und erfolgreichste deutsche Anwender des modernen Offsetverfahrens und bewahrte sich bis in die achtziger Jahre seine Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Aufgrund des dort herrschenden Wettbewerbsdrucks, der frühen Wiedererschließung traditioneller Exportmärkte und des in diesem Bereich möglichen Einsatzes standardisierter Serienproduktion war es diesem DDR-

Unternehmen möglich, Basisinnovationen rasch zu imitieren und selbst Verfahrensinnovation hervorzubringen.

Natürlich macht dieses Gegenbeispiel „keine grundlegende Revision der Standardthese erforderlich, sondern lediglich eine Präzisierung ihres Erklärungsanspruchs und ihrer Prämissen“. (S. 244) Außerdem sollte die Innovationsfähigkeit der DDR-Volkswirtschaft auch durch Vergleiche mit den Konkurrenten auf dem RGW-Markt bewertet werden, um beispielsweise die Wirksamkeit der Reformkonzepte in den sechziger Jahren ermessen zu können. Dennoch gelingt es in allen Beiträgen, vor dem Hintergrund der westdeutschen Entwicklung ein durchaus differenziertes Bild über den Osten zu zeichnen.

Dies gilt nicht für die entgegengesetzte Perspektive, denn für eine Bewertung der westdeutschen Wirtschafts- und Unternehmensgeschichte, die in naher Zukunft wohl mehr „weiße Flecken“ aufweisen wird als die ostdeutsche, kann die DDR kein Vergleichsmaßstab sein. Verschiedentlich wird dennoch deutlich, daß der Umkehrschluß der „Standardthese“, schon Marktwirtschaft und Privateigentum garantierten die Innovationsfähigkeit der Unternehmen, nicht stimmt. So wurde das Wachstum im westdeutschen Turbinen- und Generatorenbau am Anfang der fünfziger Jahre in starkem Maße durch die staatlich geförderte Kraftwerksmodernisierung begünstigt. Die Kautschukindustrie profitierte zur gleichen Zeit von politischen unterstützten Technologietransfers. *Lutz Budraß* und *Stefan Prott* zeigen in einem insgesamt sehr interessanten Beitrag über Demontage und Konversion, wie die bundesdeutschen Flugzeugunternehmen Mitte der fünfziger Jahre durch die Wiederaufnahme der Rüstungsproduktion revitalisiert wurden. Die Bedeutung der konkreten Ordnungspolitik für das Innovationsverhalten westdeutscher Unternehmen sollte also nicht unterschätzt werden. Hinzu kommen natürlich viele

weitere Faktoren. So beobachten *Franke* und *Klump* beim traditionsreichen Würzburger Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer zeitweise eine nachlassende Risikobereitschaft, die sie auf das „Buddenbrook-Syndrom“ zurückführen.

Entscheidungsstrukturen und Handlungsspielräume in den Unternehmen und in den wirtschaftspolitisch relevanten Institutionen spielen also ebenfalls eine wichtige Rolle für den wirtschaftlichen Erfolg, wobei erneut der Ost-West-Vergleich zahlreiche interessante Perspektiven eröffnet. Dies gilt weniger für die Finanzpolitik, die bereits in der SBZ für die Transformation des Ordnungssystems instrumentalisiert und später in der DDR völlig der Realisierung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zielsetzungen untergeordnet wurde. Allerdings weist *Frank Zschaler* zu Recht darauf hin, daß auch die Finanzverfassung bis 1948 kaum sowjetisiert wurde und die Budgetpolitik trotz der Dominanz der materiellen Volkswirtschaftsplanung nicht bedeutungslos war.

Deutlicher wird die Relevanz von Entscheidungsstrukturen bei den Reaktionen in den beiden deutschen Staaten auf die Ölkrise. Trotz des plötzlichen Preisanstiegs reagierten westdeutsche Unternehmen wie die BASF keineswegs schockartig, sondern konnten Vorüberlegungen nutzen, um die Unternehmensstrategien zu modifizieren, und intensivierte ihre Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, um know-how-Vorsprünge zu erzielen. *Harm G. Schröter* führt dies in starkem Maße auf die Existenz intakter Informationsnetze im Unternehmen zurück. Schockreaktionen gab es eher in der DDR, obwohl hier die höheren Rohstoffkosten durch den Preisbildungsmechanismus im RGW erst mit zeitlicher Verzögerung anfielen. Erst 1978 nahm das Politbüro eine Korrektur der Rohstoff- und Energiepolitik, gleichsam im „Hau-Ruck-Verfahren“, vor, in deren Ergebnis zum einen eine veraltete, auf einheimischen Rohstoffen basierende

Technologie wiederbelebt (Karbonchemie) und zum anderen der Verarbeitungsgrad des knappen Erdöls ohne Rücksicht auf die Kosten gesteigert wurde. *Schröter* meint nun einerseits, daß die DDR im gegebenen Wirtschaftssystem „tendenziell ... gezwungen war, eine teillautarkistische Stoffwirtschaft aufzubauen, deren Eckpunkt weniger die Wirtschaftlichkeit als die Verfügbarkeit über Produkte bildete.“ (S. 126) Gleichzeitig habe es aber auch „alternative Varianten“ gegeben, die von den Entscheidungsträgern im ZK nicht berücksichtigt wurden. So hat Günter Mittag den Politbürobeschluß durchgesetzt, obwohl die Staatliche Plankommission, der Volkswirtschaftsrat und das Chemieministerium die entsprechende Vorlage der Wirtschaftskommission des ZK abgelehnt hatten. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch, daß im Gegensatz zur energiepolitischen Wende die Renaissance der Karbochemie eher geheim erfolgte.

Während sich Ende der siebziger Jahre die Wirtschafts- und Technologiepolitik in der DDR bereits weitestgehend auf Schadensbegrenzung beschränkte, wurden in den fünfziger Jahren noch ehrgeizige Projekte in Angriff genommen. Dazu gehörte vor allem die Entwicklung eigener ziviler Mittelstreckenflugzeuge. *Hans-Liudger Dienel* betont in seinem Beitrag, daß dieses von der DDR-Propaganda als „wahres Wirtschaftswunder“ angepriesene Vorhaben in erster Linie durch die Macht der Ingenieure über die Ökonomen und durch das wesentlich politisch bestimmte Prestigestreben der Parteiführung vorangetrieben wurde. Dabei verkennt er die jeweils durchaus rationalen volkswirtschaftlichen Überlegungen, die Anfang der fünfziger Jahre zur Inangriffnahme und 1961 zum Abbruch des Projekts geführt haben. Ansonsten zeigt *Dienels* Beitrag, der sich auch mit der Gründung der Fluggesellschaften und den innerdeutschen Flugverkehren beschäftigt, wie

fruchtbar ein Ost-West-Vergleich sein kann. Das gilt in noch stärkerem Maße für den Artikel von *Burghard Ciesla* und *Barbara Schmucki*, in dem die Nahverkehrspolitik am Beispiel von Entscheidungen um die Straßenbahn in Berlin (West/Ost), Dresden und München untersucht wird. Zwar beeinflussen in der DDR Wirtschaftssystem und -politik die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs in stärkerem Maße als in der Bundesrepublik. Die Wirkung von Stadtentwicklungskonzepten, finanzpolitischen Zwängen und dem Engagement einzelner Kommunalpolitiker kann jedoch ebenso in beiden Staaten beobachtet werden wie die Divergenz zwischen der verlautbarten und praktizierten Einstellung zum Individualverkehr.

Mit dem vorliegenden Band hat das DFG-Schwerpunktprogramm also eine durchaus beachtliche Zwischenbilanz vorgelegt. Der Leser findet einen einleitenden Artikel von *Johannes Bähr* und *Dietmar Petzina* vor, in dem die wichtigsten Fragestellungen und Ergebnisse der einzelnen Beiträge zusammengefaßt werden. Als Pendant dazu liefert *Wagner* aus volkswirtschaftlicher Sicht grundsätzliche Überlegungen zur Innovationsschwäche planwirtschaftlicher Systeme. Die für den allgemein historisch interessierten Leser mitunter etwas ermüdenden technikhistorischen Details werden in der Regel nur in der für den Zusammenhang notwendigen Breite präsentiert. Einiges hätte genauer erläutert werden müssen, wie die Tabelle über die Devisenrentabilität bei Carl Zeiss Jena (S. 195). Andere interessante Details, wie der Grund für die starken saisonalen Schwankungen beim Absatz von Rundfunkgeräten, mußten in diesem Rahmen wohl offen bleiben. Grundsätzlicherer Natur war der Hinweis *Wagners* auf die innere Widersprüchlichkeit auch der neueren Produktivitäts- und Wachstumsrechnungen, wobei der Verfasser leider keine Alternative angeboten hat. (S. 24f.) Man darf also die in Kürze erscheinende

zweite Aufsatzsammlung des mittlerweile weitgehend abgeschlossenen DFG-Schwerpunktprogramms mit Spannung erwarten.

Uwe Müller

Barry Eichengreen, *Globalizing Capital. A History of the International Monetary System*, Princeton University Press, Princeton 1996, 223 S.

Der Autor legt mit diesem Buch auf sehr gedrängtem Raum einen Überblick des internationalen Währungssystems von etwa 1870 bis zum Anfang der neunziger Jahre unseres Jhs vor. Er begründet den Beginn mit der Herausbildung des Goldstandards, den Stand der Industrialisierung und dem sich herausbildenden Zentralbankmechanismus im letzten Drittel des 19. Jhs. Obwohl *Eichengreen* betont, daß es ohne politische Voraussetzungen kein internationales Währungssystem gebe, hält er sich bei der Beschreibung der Politik auffallend zurück und analysiert stärker die ökonomischen und finanziellen Entwicklungen, z. B. die Hilfe der Zentralbanken vor dem ersten Weltkrieg (S. 34). Dadurch werden die Erklärungen einzelner finanzpolitischer Entscheidungen eingeengt.

Über die Währungsentwicklung in der Zwischenkriegszeit sind die Literatur und mögliche Erklärungsversuche Legion. Das betreffende Kapitel bringt eine gute Zusammenfassung der einzelnen Erscheinungen, wie der Inflation, dem zweiten Goldstandard, der Währungskrise zu Beginn der dreißiger Jahre und das hilflosen Reagieren der einzelnen Regierungen. Es muß angemerkt werden, daß die dreißiger Jahre generell zu kurz kommen, so fehlt z. B. eine Einschätzung der Währungsausgleichsfonds. Eine neue Sicht auf das Geschehen bringt das Kapitel nicht; genau so wenig geht der Verfasser auf die Frage ein, warum damals wie heute eine exakte wissen-

schaftliche Analyse dieser brisanten Ereignisse auf sich warten läßt.

Das System von Betton Woods wird im üblichen Rahmen behandelt. Etwas genauer geht der Verfasser auf Frankreich ein und setzt sich mit den Auffassungen Rueffs auseinander, der zu den Beratern de Gaulles gehörte. Die Einschätzung der britischen Situation gerät etwas kurz. Die Zahlungsbilanzprobleme werden an sich erklärt, die politischen Ursachen nur am Rande erwähnt. Das Scheitern des Betton-Woods-System kommentiert der Verfasser richtig: „... the mechanism depended on central bank management and rested on political conditions.“ (S. 134) Als sich die politischen Bedingungen wandelten (Entwicklung der EU, Herausbildung der Wirtschaftsmacht Japans usw.) gab es große Einschnitte, die ein neues Handeln erforderten. Diese Analyse, d. h. die siebziger und achtziger Jahre nimmt der Verfasser im Kapitel fünf vor. Er bleibt bei der Analyse der Währungsentwicklung wieder bei den monetären Prozessen stehen und nimmt in vielen Fällen einen von ihm konstatierten deutsch-französischen Gegensatz als Begründung für Probleme. Obwohl die Dominanz der DM in diesem Zeitraum unbestritten ist, verengt das die Sichtweise.

Am Ende verweist er auf die Kosten von Währungsturbulenzen und meint, die Europäische Währungsunion würde diese begrenzen. Sie wäre die richtige Reaktion auf die Globalisierung und hätte einen zukunftsweisenden Charakter. „One can imagine that, with sufficient time, similar tendencies will surface in the Western Hemisphere and Asia, and that the United States and Japan will be at the center of their respective monetary blocs.“ (S. 192).

Die vorliegende Arbeit gibt einen Überblick über die Währungsgeschichte in den letzten 120 Jahre. Angrenzende politische und wirtschaftliche Probleme streift sie nur, was zu einer gewissen Einseitigkeit in der Betrachtung führt.